

**EIN GERECHTERES  
EUROPA FÜR AR-  
BEITNEHMER\_INNEN**

EGB  
PROGRAMM FÜR DIE  
EUROPA-WAHLEN  
2019

- 1.** Die **Europa-Wahlen – vom 23. bis zum 26. Mai 2019** – werden für die arbeitende Bevölkerung von großer Bedeutung sein. Das neu gewählte Europäische Parlament kann entweder die Chance wahrnehmen, die EU zu einem besseren Ort zu machen, oder aber die über viele Jahre aufgebaute europäische Kooperation zu unterminieren.
- 2.** Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) – mit etwa 45 Millionen Mitgliedern in 90 Gewerkschaften aus 38 Ländern – ist davon überzeugt, dass ein gerechteres Europa möglich ist, gestützt auf **Demokratie und soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und höhere Löhne, sozial nachhaltige und gerechte Übergänge** hin zu einer kohlenstoffarmen und digitalen Wirtschaft. Dies sollte die Grundlage sein für einen neuen Gesellschaftsvertrag für Europa.
- 3.** Stärkere und flächendeckendere Tarifverhandlungen – d.h. Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern –, sozialer Dialog und ArbeitnehmerInnenbeteiligung in jedem EU-Land sind wesentlich, um ein **gerechteres Europa** und mehr **Demokratie** zu verwirklichen.
- 4.** Der EGB ruft alle Gewerkschaftsmitglieder und alle WählerInnen dazu auf, **an den Europäischen Wahlen teilzunehmen** und Parteien und KandidatInnen ihre Stimme zu geben, die unsere gewerkschaftlichen Forderungen unterstützen und so eine bessere Zukunft für Frauen und Männer, Jung und Alt schaffen werden.

## DIE KRISE HINTERLÄSST TIEFE NARBEN

- 5.** Die Krise hat bei den ArbeitnehmerInnen tiefe Narben hinterlassen. Die Löhne vieler Menschen sind heute weniger wert als vor zehn Jahren. Öffentliche Leistungen sind drastisch gekürzt und die Rechte der Bevölkerung abgebaut worden. Vom langsamen Wirtschaftsaufschwung und dem Zurückgehen der Arbeitslosigkeit sollten dennoch möglichst viele ArbeitnehmerInnen profitieren.
- 6.** Die ArbeitnehmerInnen sind verständlicherweise desillusioniert. Steigende Ungleichheit, das Fehlen von sicheren und gut bezahlten Jobs, die deregulierte Globalisierung, das Fehlen einer gerechten und koordinierten Herangehensweise der EU an die Frage der Migration und schließlich der Klimawandel schüren allesamt Unsicherheit und Angst. Die Europäische Union sieht sich mit Gegenreaktionen auf die Austeritätspolitik und die Deregulierung konfrontiert, welche die Krise für ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und junge Menschen noch schlimmer gemacht haben. Dies befeuert das Erstarken nationalistischer, anti-europäischer und extrem rechter Kräfte.

# EIN GERECHTERES EUROPA FÜR ARBEITNEHMERINNEN

- 7.** Veränderung ist möglich. Europa kann eine Kraft im Dienste des sozialen Fortschritts sein. Nationalismus bietet keine Lösungen für die Probleme unserer Zeit – nicht für die Monopolmacht und Steuervermeidung multinationaler Konzerne, nicht für Niedriglöhne und Armut, nicht für den Klimawandel, die Umweltverschmutzung oder den Terrorismus. Gemeinsam mit ihren Mitgliedsstaaten kann die EU sicherstellen, dass wir alle an dem Wohlstand teilhaben, den wir zusammen schaffen.
- 8.** Der EGB hat sich bei den führenden Köpfen der EU unnachgiebig für einen Politikwechsel starkgemacht und so schon einige sichtbare Verbesserungen erreicht. Auf heftigen gewerkschaftlichen Druck hin hat die EU einen neuen Investitionsplan ausgearbeitet, die „Europäische Säule sozialer Rechte“ verabschiedet, neue Gesetzesvorschläge für bessere Arbeitsbedingungen vorgebracht und Fortschritte in Sachen nachhaltige Wirtschaftspolitik gemacht. Diese Maßnahmen sind wichtig, wenngleich nicht ausreichend, und die EU muss noch viel weiter gehen – hin zu einem neuen „Gesellschaftsvertrag“, der den BürgerInnen eine gerechtere und egalitäre Gesellschaft mit echten Chancen für alle bietet.

## DEMOKRATIE

- 9.** **Unsere Demokratie wird von Extremisten bedroht** – innerhalb der EU, an unseren Grenzen und darüber hinaus. Der EGB ruft die EU zum Handeln auf, um Demokratie und demokratische Prinzipien, Gewerkschafts- und Frauenrechte zu verteidigen, den Rechtsstaat zu schützen, keine Toleranz für Hassreden und Volksverhetzung zu zeigen, die demokratische Teilhabe zu stärken und das Recht des/der Einzelnen, von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zum Einsatz für die öffentliche Sache zu bewahren.
- 10.** Demokratie muss mehr sein als der Gebrauch des Wahlrechts. Sie muss eine tatsächliche Einbindung in politische Entscheidungen sowie **demokratische Teilhabe** in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz bedeuten. Nationale Regierungen müssen damit aufhören, die EU für jene Fehlentscheidungen verantwortlich zu machen, die sie selbst außerhalb des ordentlichen demokratischen Entscheidungsprozesses der EU durchgesetzt haben.
- 11.** Ein solider **sozialer Dialog** und effektive **Tarifverhandlungen**, vor allem auf sektoraler Ebene, sind wesentliche Instrumente wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Demokratie. Das Recht der ArbeitnehmerInnen, informiert und angehört zu werden sowie in Änderungsprozessen am Arbeitsplatz teilzunehmen, muss gestärkt werden, auch durch europäische Betriebsräte.

- 12.** Die EU muss den EU-Vertrag um ein soziales Fortschrittsprotokoll ergänzen, um sozialen Rechten Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Freiheiten zu geben.

## GUTE ARBEIT UND HÖHERE LÖHNE

- 13.** Europa braucht eine **neue Wirtschaftspolitik**, die Wachstum fördert, von dem alle profitieren und nicht nur privilegierte Kreise. Progressive und nachhaltige Wirtschaftsreformen müssen umgesetzt werden, damit das „Europäische Semester“ gerecht und sozialer wird, öffentliche und private Investitionen angekurbelt und neue Instrumente geschaffen werden, die ArbeitnehmerInnen vor Wirtschaftskrisen und Schocks schützen. Reformen des EU-Budgets, der Währungsunion und der wirtschaftlichen Governance müssen sicherstellen, dass soziale Gerechtigkeit mit Wettbewerbsfähigkeit einhergeht.

- 14.** Wir brauchen gerechtere und progressivere Steuersysteme, um Wohlstand umzuverteilen, öffentliche Leistungen und soziale Sicherung zu finanzieren und gesellschaftliche Missstände zu bekämpfen, die im Zuge von Globalisierung, Energiewende und Digitalisierung entstanden sind. Effiziente Steuersysteme müssen Steuerflucht und -vermeidung verhindern und Unternehmen angemessen und gleich besteuern.

- 15.** **Die gesamte arbeitende Bevölkerung in Europa verdient Lohnsteigerungen**, damit Lohnunterschieden begegnet sowie nachhaltiges Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden können. Wir brauchen eine bessere Vermögensverteilung und eine Aufwärtskonvergenz der Löhne für mehr soziale Gerechtigkeit und als Antwort auf wachsende Ungleichheit. Es ist nicht hinnehmbar, dass Gewinne und Produktivität nicht an die ArbeitnehmerInnen weitergegeben werden, die sie geschöpft haben. Dies gilt insbesondere für Niedriglohnländern, in denen der massive „Brain-Drain“ (die Abwanderung qualifizierter ArbeitnehmerInnen) für Desillusionierung und Frust gegenüber der Europäischen Union sorgt. Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden – in ganz Europa, über alle Branchen hinweg und für Frauen wie Männer.

- 16.** Die Lösung – für Lohnsteigerungen, einen höheren Lebensstandard und Arbeit für alle – sind **Tarifverhandlungen**: Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften für gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen, vor allem auf sektoraler Ebene in allen Branchen und Ländern. Dazu müssen die EU und die nationalen Gesetzgeber die Kapazitäten und das Verhandlungsgewicht der Sozialpartner wieder stärken, sodass Tarifvereinbarungen abgeschlossen und umgesetzt werden können und einen größeren Teil der ArbeitnehmerInnenschaft abdecken.

## GERECHTE ÜBERGÄNGE

**17.** Die parallel ablaufenden Übergänge zu einer einerseits **kohlenstoffarmen** und andererseits **digitalen Wirtschaft** müssen so gesteuert werden, dass es keine Verlierer gibt. Wir brauchen eine neue Industriepolitik für die EU, um neue Arbeitsplätze und Chancen zu schaffen und um sicherzustellen, dass das EU-Wettbewerbs- und Unternehmensrecht nicht ArbeitnehmerInnen-, Gewerkschafts- und soziale Rechte beschneidet. Mehr Demokratie in den Betrieben würde ebenfalls dabei helfen, sozial gerechten Wandel zu bewerkstelligen.

**18.** Dies ruft uns dazu auf, Veränderungen zu antizipieren und ArbeitnehmerInnen zu unterstützen, die unter der **Prekarisierung des Arbeitsmarktes** im Kontext von Energiewende, Digitalisierung, Automatisierung und Globalisierung leiden. ArbeitnehmerInnen müssen bei der Veränderung der Arbeitswelt ein Mitspracherecht haben und, wenn Jobs in Gefahr geraten, starke Unterstützung erfahren durch öffentliche und private Investitionen, sozialen Dialog und Tarifverhandlungen sowie durch eine adäquate Aus- und Weiterbildungspolitik.

**19.** Das bedeutet, dass **alle ArbeitnehmerInnen in atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen**, in der Plattformwirtschaft und „Gig Economy“ wie auch in herkömmlicheren Sektoren, einschließlich Selbstständigen, gute Löhne, gleichen Zugang zu hinreichender sozialer Sicherung und dieselben Rechte wie alle andere ArbeitnehmerInnen haben müssen, darunter auch das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten und in Tarifverhandlungen zu gehen.

## SOZIALE GERECHTIGKEIT

**20.** Die EU muss ihr Sozialmodell erneuern, indem sie die **„Europäische Säule Sozialer Rechte“** auf europäischer und nationaler Ebene vollständig umsetzt. Hierzu gehören das Recht auf hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, gerechte Arbeitsbedingungen, faire Löhne, sichere Beschäftigungsverhältnisse, Geschlechtergerechtigkeit, die Work-Life-Balance und öffentliche Leistungen von hoher Qualität. Zugang zu funktionierenden Systemen sozialer Sicherung, gerechten Renten, Wohnung und Sozialleistungen muss für alle garantiert werden, auf Basis gleicher Beiträge und empfangener Leistungen. Die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften müssen dabei auf allen Ebenen eingebunden werden.

**21.** **Migration** muss so gesteuert werden, dass die Menschenrechte geschützt, alle Menschen bei der Arbeit und als Teil der Gesellschaft gleich behandelt werden und es nicht zu Ausbeutung kommt. Durch europäische Zusammenarbeit müssen wir die Integration und Eingliederung von MigrantInnen gewährleisten – dies ist im Interesse aller. Faire Mobilität muss allen ArbeitnehmerInnen, aus der EU wie aus Drittstaaten, garantiert werden und der Kampf gegen Sozialdumping muss eine Priorität sein.

**22.** Die **EU-Handels- und Globalisierungspolitik** muss gerechter werden und ihr Augenmerk mehr auf soziale Rechte legen, anstatt nur die Interessen multinationaler Konzerne zu bedienen. Die EU muss dazu beitragen, die Nachhaltigkeitsziele der UN – u.a. keine Armut, gute Arbeit, weniger Ungleichheiten und Geschlechtergleichstellung – zu erreichen, in Europa und im Rest der Welt. Diese Ziele müssen eine Leitlinie für alle Maßnahmen der EU darstellen – „zuhause“ und im internationalen Kontext.

**23.** Die EU sollte auf eine Stärkung des Bekenntnisses zu internationaler Kooperation hinarbeiten, auch indem sie die Demokratie innerhalb der UN und der IAO unterstützt, sowie andere internationale Organisationen demokratischer machen und soziale Gerechtigkeit fördern.

EUROPEAN TRADE UNION CONFEDERATION



[WWW.ETUC.ORG](http://WWW.ETUC.ORG)

